DIE LINKE.
Linksfraktion im Rat der Stadt Frechen

DIE LINKE. Linksfraktion Frechen, Johann-Schmitz-Platz 1, 50226 Frechen

Linksfraktion im
Rat der Stadt Frechen
Johann-Schmitz-Platz 1
50226 Frechen
Eingang Dr.-Tusch-Str. 1-3
Telefon 02234 / 50 15 62
linksfraktion@stadt-frechen.de

Rede im Rat der Stadt Frechen

Ausführungen der Linksfraktion zum Haushalt 2015

Frechen, den 18. März 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Anwesende!

Befindet sich der Haushalt wirklich in Schieflage?

Zur Zeit stochern wir noch im Nebel, weil unklar ist, ob von den gerade angekündigten Milliarden des Bundes etwas bei uns landet und ob es zu der vermuteten Gewerbesteuernachzahlung kommt. Die Situation ist undurchsichtig.

Sie könnte klarer sein, wenn wir an Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich wieder so viel wie früher bekämen. Dann würde ein ausgeglichener Haushalt eher der Normalfall sein.

Dann geriete aber auch die auf bestimmter politischer Ebene gewollte „Schwarze Null“ in Schwierigkeiten.

Durch sie ist es schon so weit gekommen, dass „Fördern und Fordern“, nicht nur viel Schaden und Ängste bei Arbeitslosen anrichtet, sondern nun auch die Kommunen erreicht hat.

Immer mehr Aufgaben Und immer mehr Probleme die nötigen Mittel dafür zu erhalten.

Hier ist Gegensteuern absolut notwendig!

Aber das wird dauern. Vorerst müssen wir uns selber helfen.

Alleine die Mammutaufgaben im Schulbereich, nicht zuletzt hervorgerufen durch zu lange Unterlassungen, erfordern ab sofort liquide Mittel in ausreichender Höhe. Denken wir dabei nicht nur an die Einführung der Gesamtschule, mit der erstmals in Frechen eine weiterführende Schulform **für alle**, entsteht und unserem Vorschlag, erst einmal einen Betrag für die Anfangskosten in Höhe von 100.000 € in den Haushalt zu stellen, leider nicht gefolgt wurde. Auch die umfassenden Sanierungsarbeiten bzw. Neubauten oder Erweiterungen bei nicht weniger als vier Grundschulen, der Sanierungsbedarf der Realschule und des Gymnasiums, müssen geleistet werden. Am Gymnasium können jetzt selbst Kurse der VHS wegen erheblicher Raummängel nicht mehr planungsgemäß durchgeführt werden. Die verabschiedeten 40.000 € werden hier nicht reichen. Nicht zu vergessen, dass Frechen neben ausreichenden Mitteln für den offenen Ganztag künftig vielleicht sogar noch Mittel für eine weitere Grundschule benötigt.

Aber auch Gedanken, unsere Stadt lebendiger und wohnenswerter zu machen wie z.B. der Bau eines Studentenwohnheimes, die Einführung des Mehrgenerationenwohnens, ein förderwürdiger Ausbau unseres Breitbandnetzes, eine umweltbewusstere Wasserversorgung, eine weitere Erschließung unserer begrenzten

Gewerbegebiete, und neben genügend zentralen Flüchtlingsunterkünften auch eine intensivere Unterstützung gerade von jüngeren Asylbewerbern im Kommunikationsbereich. Hier wären die von uns vergebens angeregten 50.000 € im Haushalt gut angelegt gewesen oder die Einrichtung eines eigenen städtischen Ausländeramtes. Das alles wird nicht zum Nulltarif realisiert werden können. Darüber hinaus die umfangreichen Aufgaben und Kosten der Inklusion, die noch nicht überall klar erkannt sind.

Wo soll das Geld herkommen?

Nicht erhöht werden sollte nach unserer Meinung die Grundsteuer B. Hier liegt keine wirtschaftliche Leistungskraft zugrunde. Je einkommensschwächer jemand ist, umso stärker wird ihn diese Erhöhung treffen.

Eine Solidargemeinschaft aber wird immer noch von starken Schultern getragen. Das sind nach derzeitigem Stand auch die Betriebe. Hier ist die Steuerlast in der Vergangenheit erheblich gesunken und die Wirtschaftsaussichten gelten generell als gut. Daher halten wir die vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes von 450% auf 475% für vertretbar. Das ist eine Mehrbelastung von noch nicht einmal einem einzigen Prozent! Wir befürworten aber eine Anhebung nicht erst ab 2017 sondern wegen der Finanzmittelknappheit schon ab diesem Jahr. Später nötigenfalls auch erheblich über die vorgeschlagene Hebesatzerhöhung hinaus. Sollte es allerdings kurzfristig zu unerwarteten Einnahmen kommen, müsste über die Handhabung der Gewerbesteuerfestsetzung neu nachgedacht werden.

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, Einnahmen zu forcieren. Z.B. unser Vorschlag, dem zuständigen Finanzamt als Gewerbesteuerbehörde städtische Betriebsprüfer zur Seite zu stellen, sollte nicht sofort zurückgewiesen werden sondern wenigstens erprobt werden. Andere Städte haben damit schon positive Erfahrungen gemacht. Auch die Forderung nach einer Umwandlung der Gewerbesteuer in eine sogenannte Gewerbewirtschaftssteuer, bei der neben Firmen auch Freiberufler wie Steuerberater, Rechtsanwälte. Ärzte usw. steuerpflichtig werden, bleibt nachdenkenswert. Darüber hinaus müsste auch die ständige Prüfung, ob die Verwaltung weitgehend kostendeckend arbeitet mehr in den Fokus rücken, damit nicht wie z.B. im Baugenehmigungsbereich mehr ausgegeben wird als durch Gebühren eingenommen werden kann.

Abschließend möchte ich noch feststellen: Auf der derzeitigen Grundlage werden wir dem Haushalt 2015 nicht zustimmen können.

Vielen Dank fürs Zuhören.

Jürgen Ulbricht

Vorsitzender der Linksfraktion